



Nato-Kerngruppe und Scharia-Polizei

Cameron agiert, Obama plant, Merkel erklärt, aber Scharia realisiert

Der zweitägige Jahrespfeil der Nato im walisischen Newport ist Geschichte. Zum einen stimmte Wladimir W. Putin dem Waffenstillstand zu. Er verrechnete sich im Willen der 28 Nato-Länder bis zum Schlußtag, den 5. September. Wohl hält die Waffenruhe nicht, zumal der russische Präsident am „Bogen der Instabilität“ von Baltenländern, Georgien über die Ukraine, Armenien bis zu Azerbaidjan zündelt. Zum anderen erstrebt der 65jährige Pakt eine Globale Eingreiftruppe, 5.000 Mann, Rüstungsanteile von zwei Prozent am nationalen Einkommen binnen einer Dekade und die Ausweitung ihres Aktionsradius, um multiplen Herausforderungen im Osten und Süden zu begegnen. Durch ihre Mission in [Afghanistan](#), die Ende 2014 endet und dann in eine Resolute Hilfsmission übergeht, war Mittelost längst einbezogen. Nun soll die Nato dort die Verbreitung von Gewalt und Extremismus zügeln.



Bild: [Wiki](#)

Logo des Nato-Gipfels im walisischen Newport, 4.-5. September 2014

Der britische Premier David [Cameron](#) handelte gezielt und resolut. Zunächst ging er selbst beispielhaft voran und fand deutliche Worte. Da Barack H. Obama am Donnerstag, den 28. August, gestand, noch keine Strategie gegen den Islamstaat, IS, zu haben, erklärte Cameron am Folgetag seinen „harten, intelligenten und geduldigen Ansatz, um die Wurzel des Übels der Sicherheitsbedrohung auf Jahre und Dekaden zu bekämpfen: die vergiftende Ideologie des islamistischen Extremismus.“ Dabei seien Einsätze des Militärs möglich. Also trennte Cameron und Obama, dass der Brite erklärte, langfristig den Islamismus und dessen [Kalifat](#) mit aller Konsequenz besiegen zu wollen, während der Amerikaner wie immer den Faktor der Ideologie umging, nur vom [Antiterrorkampf](#) mit Luftschlägen und Aufhalten sprach.

Netzwerker

Dann legte der Brite nach. Vor allem, indem er meinte, ein extremistisches Kalifat im Herzen Syriens und Iraks bedrohe die britische Sicherheit, und indem er neue Regeln gegen mögliche Heimkehrer aus dem „[Kalifat Syroirakistan](#)“ anwies, und mit dem strauhelnden Obama in einem gemeinsamen Text in der Londoner „Times“ zum Tagungsbeginn am 4. September Leitlinien vorlegte. Dreierlei fällt auf. Das neue Sicherheitsverständnis, wonach Sicherheit und Gedeihen aller Regionen eng verknüpft sind, so dass Mittelost das nationale

Eigeninteresse etwa der Amerikaner und der Briten eng berührt: sie seien nur sicherer und gedeihen, wenn dies auch in der weiteren Welt so sei. Daher hätten sie auch den Kern der [al-Qaida](#) dezimiert und dem afghanischen Volk geholfen. Sie würden nicht zaudern, IS zu konfrontieren, um gemeinsam die eigenen Werte gegen barbarische Mörder zu verteidigen.

Die Nato könne sich anpassen und Herausforderungen bewältigen, darunter das Recht auf Selbstbestimmung der Ukraine. Dem diene eine Schnelle Eingreiftruppe, zur kollektiven Selbstverteidigung nach Artikel fünf. Jedoch nur Amerikaner und Briten erfüllten jenes Zwei-Prozent-Kriterium, dem andere Länder nacheifern sollten. Indessen müsse man alle Ressourcen mobilisieren. Wenn Bedrohungen außerhalb der Nato-Grenzen entstehen, so möge man in Bausteine freier und offener Gesellschaften investieren und jenen helfen, die unsere Werte der toleranteren und freieren Welt teilten, wie Irakis und Kurden als Partner, die den IS direkt bekämpfen. Ein weltweites Netzwerk der Sicherheit sei aufzubauen, das Amerikaner und Briten anführten, um Frieden, Demokratie und Menschenrechte zu wahren.

Sicher, dereinst könnten Historiker Cameron so würdigen wie Winston S. Churchill, die beide global Ruder herumgerissen haben. Jetzt ist es an Obama, seinen neuen Kurs herzu-leiten. Mittwoch, am Vorabend des 13. Jahrestags von [9/11](#), muss er seinen vollen Plan vorlegen.



Foto: W.G. Schwanitz

The National 9/11 Memorial Museum - The World Trade Center

Koalitionen

Unter 60 Ländern und Organisationen sowie 28 Nato-Staaten im walisischen Newport bildete sich eine Ländergruppe ab. Außenminister John Kerry nannte sie die Kernkoalition jener, die bereit sind, den Islamstaat und seine Militanten im Irak zu bekämpfen: Amerika, Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien, Dänemark, Polen, Kanada, Türkei und Australien. Laut Kerry würden einige davon den Luftschlägen beitreten. Andere, wie etwa Deutschland, würden Waffen an die Kurden liefern, oder anderweitige Leistungen wie humanitäre Hilfe. Laut Kerry wäre für alle der Einsatz von Bodentruppen eine [Rote Linie](#).

Diese Inflexibilität, die Cameron nicht vertritt, ist zu bezweifeln. Erstens sollte Kerry die Rede von [Roten Linien](#) meiden, denn diese hat Präsident Obama gegen Syrien verkündet, aber nicht eingehalten. Dies begünstigte das Werden des Islamstaats. Der zweite Einbruch steht an, sofern sich das Teheraner [Regime](#) gegen die [Weltmächte](#) durchsetzen sollte und effektiv [Nukes](#) und Träger erhält. Das ist eine viel größere Bedrohung als die durch den IS. Niemand geht Putin hart an, da alle Angst vor A-Waffen haben. So wäre es dann mit Iran. Schließlich, sollt es die Lehre sein, Bodentruppen zu meiden, so ist das falsch. Diese haben in einem Dutzend Fällen seit 1991 kurz und effektiv ihre Aufgaben erfüllt. Wo das große Problem begann, war die Aufgabe der Nationsbildung in Räumen, denen so gut wie alle Voraussetzungen dafür fehlten, wie es sie in Deutschland und Japan gab. Erst in der Phase kamen Fehler und Versagen, die auf prinzipiellen Unklarheiten über die Mission beruhten.

Schließlich kann der IS-Bedrohung in der Endphase nur auf dem Boden begegnet werden. Wenn Obama meint, trotz wesentlich veränderter Bedingungen Wahlversprechen von 2008 halten zu wollen, obwohl das wie im Irak unrealistisch war und frühere Erfolge verspielte, so mag er daraus lernen. Militärs vor Ort sollten je die beste Taktik vorschlagen. Überdies darf man die schleichenden Genozide nicht vergessen, die es zu verhindern gilt, darunter an den Christen und Jasiden in Syrien und Irak. Dies mag auch die Taktik prägen.

Scharia-Zone

Die Probleme stehen überall ähnlich. Als Reaktion auf die brutale Köpfung des zweiten Journalisten, Steven Sotloff, hat Israels Verteidigungsminister Moshe Yaalon alle Vertreter des Islamstaats für ungesetzlich erklärt. Sotloff war auch israelischer Bürger. Deutschland zählt nun zur Kernkoalition von zehn Staaten, die dem IS die Stirn bieten. Auch daheim?

In einer Regierungserklärung erläuterte Kanzlerin Merkel den Beschluss am 1. September. Vor dem Bundestag erinnerte Merkel an die besondere Verantwortung Deutschlands, das mit dem Überfall auf Polen vor 75 Jahren den Zweiten Weltkrieg auslöste. Europa erlebe durch den Konflikt in der Ostukraine erneut, wie ein Staat Grenzen mit Waffengewalt ändere. Der IS liege auch im deutschen Verantwortungsbereich. Seit 4. September gehe Hilfe und Ausrüstung an die Kurden. Die Terrormiliz "Islamischer Staat" destabilisiere Mittelost. Ferner sprach Angela Merkel von:

- *Sicherheitspolitischen Herausforderungen bei noch knapperen Haushalten: gemeinsame Aktion sei nötig.
- *Debatten um Deutschland im Nato-Kampfeinsatz im einstigen Jugoslawien und in Afghanistan nach 9/11.
- *Die aktuellen Gräueltaten der Terrorgruppe unter dem Namen „Islamischer Staat“ in Irak und Syrien.
- *Alles, was nicht ihrem Weltbild entspreche, räumen deren Jihadisten unglaublich grausam aus dem Weg.
- *Besonders dramatisch sei die Bedrohung von religiösen Minderheiten, darunter die Christen und Jasiden.
- *Eine Religion [Islam] werde missbraucht, um den Mord, Terror und Herrschaftsanspruch zu legitimieren.
- *Die Terrorgruppe IS agiere nunmehr in Syrien und im Irak auf einer Fläche „größer als halb Deutschland“.
- *Darüber hinaus stehe heute der Irak durch das expandierende Terrorregime von IS vor einer Zerreißprobe.
- *Zudem schließen sich Jihadisten auch aus Europas Staaten der Terrorgruppe an, so mehr als 400 Deutsche.
- *Der UN-Sicherheitsrat sah am 15. August die Bekämpfung der Terrorgruppe IS und ihrer Gewalttaten vor.

In Mittelost seien wir Zeugen unglaublicher Gräueltaten. Der IS bedrohe nicht allein Minoritäten wie die Jasiden. Jeder, der sich wehre, habe das Schlimmste zu befürchten. In Berlin sei klar, kein Konflikt lasse sich militärisch lösen. Aber manchmal führe eine militärische Intervention dazu, eine politische Lösung zu ermöglichen. Wenn im Irak die Basis „religiöser Fanatiker“ entstehe, gefährde dies, so Merkel, „unsere Sicherheitsinteressen“. Was sie „religiöse Fanatiker“ nennt, heißt anderenorts Islamisten. Salafisten, von denen in Deutschland viel die Rede ist, sind nur eine Untergruppe der Islamisten. Benennt Merkel die Dinge nicht klar, bleiben die Zusammenhänge offen, und sie kann nicht sagen, wem die Scharia-Polizei entspringt.

Freitag durchzog Wuppertal eine selbsternannte Scharia-Polizei in orangenen Westen mit Aufdruck "Shariah Police". Die Polizei ermittelte zwar, hätte aber gegen diese „keine richtige Handhabe“. Laut Facebook trugen Islamisten Hemden mit der IS-Fahne. Kommt der Irak nach Deutschland und warum wird die IS-Bewegung dort nicht wie in Israel verboten?

Wolfgang G. Schwanitz

Dazu Bücher *Nazis, Islamists and the Making of the Modern Middle East*: Yale, February 25, 2014, 360 pp. sowie *Islam in Europa, Revolten in Mittelost*, Neu 2013, 15. September 2014, 2. Auflage Berlin, bestellbar.